

Standort vor die Wand gefahren

IG Metall mobilisiert gegen Standortschließungen bei Autozulieferer IAV in Berlin. Hunderte Stellen bedroht, drastische Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen angekündigt

Von Luca von Ludwig

Vor einer Woche kam sie, die Hiobsbotschaft für die hunderten Beschäftigten des Autozuliefererbetriebes IAV am Firmenstammsitz Berlin: Der Betrieb wird eingestellt, die weit überwiegende Zahl der etwa 1.250 Angestellten soll entlassen werden, zudem drohen diverse Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. Am Dienstag rief die Gewerkschaft IG Metall (IGM) aus diesem Grund die Beschäftigten vor Ort zum Protest auf; etwa 600 folgten. Neben den betroffenen Arbeitern beteiligten sich auch teils prominente Politiker, was zumindest auf die Relevanz verweist, die diesem jüngsten Beispiel für die deutsche Wirtschaftskrise beigemessen wird.

Die offizielle Bestätigung für das Aus des Standorts wurde am Mittwoch vergangener Woche publik. Das Betriebsgelände, so wurde den Angestellten mitgeteilt, solle 2027 verkauft werden und bis dahin außer einem »harten Kern« alle Beschäftigten entlassen werden – so sie nicht das Angebot annehmen wollen, an den Standort im etwa 250 Kilometer entfernten Gifhorn zu wechseln. »Die Maßnahmen sind Teil der Transformation, mit der IAV langfristig Wettbewerbsfähigkeit sichern und hochwertige Engineering-Arbeitsplätze in Deutschland erhalten will«, teilte das Unternehmen der Nachrichtenagentur *dpa* mit.

Der Firmenname IAV steht für »Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr«. Kerngeschäft ist die Entwicklung von technischen Lösungen für die Automobilbranche, größter Anteilseigner ist mit 50 Prozent Volkswagen. Das Unternehmen entstand 1983 als Ausgründung der TU Berlin, mittlerweile gibt es mehrere Standorte in der BRD und weiteren Ländern, beispielsweise in Brasilien, Japan und Marokko. Entwickelt werden Antriebs- und Softwarelösungen für Fahrzeuge, und auch bei der illegalen Abschaltvorrichtung hinter dem VW-Dieselskandal spielte die IAV eine Rolle und musste in der Folge eine Millionenstrafe zahlen. Auch eine Rüstungssparte wurde, wie bei nicht wenigen Firmen der Verkehrsbranche, in den vergangenen Jahren begründet.

Für die Beschäftigten ist der »Umbau« des Unternehmens bitter. Insgesamt sollen in der BRD circa 1.400 Stellen wegfallen. Außer dem Stammsitz in Berlin ist auch der Betrieb im sächsischen Stollberg mit rund 800 Beschäftigten betroffen. Der Wechsel nach Gifhorn ist für die meisten offensichtlich »keine

tragfähige Lösung«, wie es die IGM formulierte. Und auch an den übrigen Standorten soll es laut der Gewerkschaft drastische Einschnitte bei den bisherigen Arbeitsbedingungen geben: Erhöhung der Wochenarbeitszeit, nur noch einen statt bislang vier Tagen Homeoffice, lediglich 25 Tage Jahresurlaub und verpflichtende Qualifikationstests selbst bei langjährigen Beschäftigten – arbeitsrechtliche Sanktionen bei Nichtbestehen inklusive. »Das ist eine Kampfansage an die Belegschaft«, so die IGM.

Angesichts dieser Drohkulisse waren die Gewerkschafter beim Protest am Dienstag bemüht, sich entschlossen zu geben. Der Demonstrationzug war zwar kurz, jedoch laut. Weitere, wenn auch noch nicht konkret benannte, Aktionen wurden für die kommenden Wochen angekündigt.

Bemängelt wurde indes von verschiedenen Seiten, dass die Geschäftsführung nur wenig Interesse an einer Rettung des Standortes zu haben scheint. Berlins Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey (SPD) verwies in ihrem Redebeitrag am Ende der Kundgebung darauf, dass sie der Firmenleitung mehrere Gesprächsangebote unterbreitet habe, um über mögliche Perspektiven zu reden, von denen jedoch kein einziger wahrgenommen worden sei. Arbeitssenatorin Cansel Kiziltepe (ebenfalls SPD) monierte ebenfalls nicht wahrgenommene Termine der »Arbeitgeberseite« und appellierte an die gewerkschaftliche Organisation, um die Arbeitsplätze zu retten. Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU, deren Koalitionspartner Giffey und Kiziltepes Partei auf Bundesebene ist) warf sie Planlosigkeit vor: »Wo ist sein Konzept für den Industriestandort Deutschland? Habt ihr eins gesehen? Nein!«

Ines Schwerdtner, Bundesvorsitzende der Partei Die Linke, schlug den Bogen zur Bundespolitik. Es sei »wohl kein Zufall«, dass beispielsweise in Niedersachsen, wo das Land Anteile an der IAV-Mutter Volkswagen hält und bald gewählt wird, die Standorte geschützt würden. Gegenüber jW führte sie aus, die Verschiebung von Wirtschaftsstandorten habe System. »Ich kann das nur so interpretieren, dass es da Landtagswahlen gibt und dass man da versucht, die Standorte zu sichern.« Gerade da, wo es öffentliche Unternehmensbeteiligungen gebe, brauche es aktivere Mitbestimmung und Standortgarantien. »Es geht nur mit den Beschäftigten«, sagte sie mit Blick auf die Transformation der Automobilbranche. »Sie wissen am besten, was produziert werden muss.«

<https://www.jungewelt.de/artikel/522512.automobilbranche-standort-vor-die-wand-gefahren.html>